

Stellungnahme zur "Finanzbildungsstrategie des Bundes"

Finanzbildung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Partizipation!

Die Gesellschaft für sozioökonomische Bildung und Wissenschaft (GSÖBW) begrüßt die Zielsetzung der Nationalen Finanzbildungsstrategie, das finanzielle Wohlergehen der Bürger*innen zu stärken und ihre aktive Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben nachhaltig zu fördern. Dass auch eine gute Finanzbildung dazu beitragen kann, steht außer Frage.

Es greift jedoch zu kurz, die Verantwortung für die Zielerreichung allein dem Individuum zuzuschreiben und lediglich die persönliche Kompetenz zu fördern, für sich selbst richtige Finanzentscheidungen zu treffen und dafür geeignete Bildungsangebote zu institutionalisieren. Von Einzelnen vor allem die Anpassung an die gegebenen finanziellen Verhältnisse zu erwarten, ohne ihnen zugleich eine wirksame Beteiligung an deren politischer Gestaltung zu ermöglichen, ist mit den Grundlagen unserer demokratischen Ordnung und ihrem Versprechen politischer und finanzieller Teilhabe schwer vereinbar.

Die Nationale Finanzbildungsstrategie vernachlässigt Maßnahmen, die die aktive Teilhabe an Gesellschaft, Politik sowie insbesondere an der Gestaltung der finanziellen Verhältnisse und des Finanzsektors fördern. Sie ignoriert auch, dass das finanzielle Wohlergehen zu einem erheblichen Teil von ungleichen Startchancen und strukturellen Rahmenbedingungen abhängt, die man mit Finanzbildung kaum verändern kann. Diese Faktoren blendet die Finanzbildungsstrategie systematisch aus.

Deshalb halten wir es für erforderlich, die folgenden Ziele in die Nationale Finanzbildungsstrategie aufzunehmen sowie Umsetzungsstrategien dafür auszuarbeiten:

- (1) Förderung finanzieller, sozialer und politischer Urteilskompetenz statt nur individueller Anpassung an die Bedingungen der Finanzmärkte vor dem Hintergrund fundamentaler Unsicherheit;
- (2) Entwicklung politischer und zivilgesellschaftlicher Handlungskompetenz zur Bewältigung gegenwärtiger Problemlagen und zukünftiger Herausforderungen in finanziellen Kontexten;
- (3) Reflexion der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Optionen zur Überwindung struktureller finanzieller Benachteiligung und zur Herstellung gleicher finanzieller Verwirklichungschancen für alle, auch in intergenerationaler Perspektive;
- (4) Befähigung zur Artikulation und Vertretung eigener Interessen an der Sicherung ihrer finanziellen Lebensgrundlagen und Durchsetzung finanzieller Rechte gegenüber Staat, Unternehmen und Anderen, insbesondere für finanziell schlechter Gestellte;
- (5) Reflexion der Wirkungen von renditeorientiertem finanziellem Denken und Handeln, finanzieller Ungleichheit und monetärer Macht auf soziale Beziehungen, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratievertrauen, Gemeinwohl und Natur;
- (6) Anerkennung und Reflexion der individuellen und gesellschaftlichen Pluralität von finanziellen Wertvorstellungen, Lebensentwürfen, Lebenslagen und Praktiken;
- (7) Reflexion des Zusammenhangs von individuellem und kollektivem finanziellen Wohlergehen sowie der Solidarität mit finanziell schlechter gestellten Personen und Gruppen;
- (8) Mitbestimmung der Lernenden über Ziele, Inhalte, Formen und Erfolgskriterien ihrer finanziellen Bildung.

Verfasser*innen: Vorstand der GS*ÖBW

JProf. Dr. Anja Bonfig, Elsa Egerer, Prof. Dr. Udo Hagedorn, Prof. Dr. Harald Hantke, Prof. Dr. Reinhold Hedtke, Prof. Dr. Johannes Hirata, Prof. Dr. Christoph Schank, Prof. Dr. Georg Tafner.

12. Oktober 2026